

DIE WELT - WELT Online

URL: http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13424798/Wir-tasten-das-Gymnasium-nicht-an.html

11. Juni 2011

DIE WELT

"Wir tasten das Gymnasium nicht an"

Von Robin Alexander, Thomas Vitzthum

Bildungsministerin Annette Schavan erklärt, warum sich die CDU aber von Haupt- und Realschule verabschiedet

DIE WELT: Frau Schavan, die CDU-Bildungskommission, der Sie vorsitzen, schlägt der Partei vor, sich von der Hauptschule zu verabschieden. Warum tun Sie das?

Annette Schavan: Die CDU verabschiedet sich ja gerade nicht von der Hauptschulpädagogik. Schulbezeichnungen sind kein Selbstzweck. Erhaltenswert sind nicht die Schulnamen, sondern ihre gute Pädagogik. Bald wird es 35 Prozent weniger Schüler geben, darauf müssen wir uns einstellen. Eltern wünschen, dass ihre Kinder es nicht weit zur Schule haben. Deshalb wollen wir Haupt- und Realschulen zu Oberschulen zusammenlegen.

DIE WELT: Das klingt nach der rot-grünen Gemeinschaftsschule.

Annette Schavan: Wir machen keine linke Bildungspolitik, weil die in Deutschland gescheitert ist. Die Linke denkt nur in Strukturen, an die sich die Pädagogik anzupassen hat. Im Mittelpunkt unserer Politik stehen Kinder, Bildungsinhalte und Bildungsziele. Danach erst kommen Strukturfragen.

DIE WELT: Ist der Abschied von zwei Schulformen nicht in der jetzigen Lage der Union tollkühn?

Annette Schavan: Nein, das ist ja keine Revolution. CDU-regierte Länder wie Sachsen oder Thüringen haben mit dem zweigliedrigen System seit Langem gute Erfahrungen gemacht. Andere Länder im Westen folgen diesem Modell.

DIE WELT: Rücknahme der Laufzeitverlängerung, Griechen-Rettung, Libyen-Entscheidung, Bundeswehrreform und nun der Abschied von der Hauptschule - besteht die Gefahr, dass aus diesen Zutaten für die CDU ein explosives Gebräu entsteht?

Annette Schavan: Die CDU war immer dann stark und stolz, wenn sie die Kraft für neue Antworten gefunden hat. Das macht eine Volkspartei aus. Alles andere heißt, Zeichen der Zeit nicht zu erkennen. Mich betrübt allerdings, dass mancher Kritiker einfach Schlagworte aneinanderreicht. Begriffe wie Heimat, Tradition, Nation allein machen noch kein christdemokratisches Programm.

DIE WELT: Die Veränderungen in der Bildungspolitik werden Sie auf einem Parteitag diskutieren. Sollte die Parteiführung dies nicht auch beim Thema Atom tun?

Annette Schavan: Nein. Denn bei der Bildung geht es um das Fundament für künftiges Handeln. Darüber muss erst einmal geredet werden. Über den Umbau der Energieversorgung hin zu den Erneuerbaren diskutieren wir schon seit vielen Jahren, unsere Leitgedanken sind auch Teil der Koalitionsvereinbarung.

DIE WELT: Der Umweltminister spricht von einem epochalen Ereignis für Deutschland, ja die ganze Welt. Sollte er nicht rhetorisch abrüsten?

Annette Schavan: Rhetorik ist eine sehr persönliche Sache. Dass der Umweltminister sich ganz besonders freut, ist doch nachvollziehbar.

DIE WELT: Wie ist eigentlich die neue Schulform organisiert, die Sie Oberschule nennen?

Annette Schavan: Wir orientieren uns an bisherigen Erfahrungen. Wie die pädagogische Verfassung der Oberschule sein wird, muss mit Schulpraktikern und Bildungsforschern erarbeitet werden. Haupt- und Realschulpädagogik bleiben in den neuen Oberschulen selbstverständlich und selbstständig erhalten. Im Übrigen ist die wichtigste Reform die Reform der Inhalte, Ziele und Lernkultur. Sie müssen länderübergreifend vergleichbar sein. Es kann nicht sein, dass es bei immer weniger Schülern immer mehr Schulbezeichnungen gibt. Was gleich oder vergleichbar ist, muss gleich heißen.

DIE WELT: Was zeichnet die Hauptschulpädagogik aus?

Annette Schavan: Die Lehrer an den Hauptschulen haben große Leistungen für die Integration erbracht. In keiner anderen Schulform hat die persönliche Begleitung, die individuelle Betreuung von Schülern eine so hohe Bedeutung. Darauf müssen wir aufbauen.

DIE WELT: Den Schulträgern geht es oft nur darum, Schulstandorte zu erhalten, nicht um Pädagogik.

Annette Schavan: Schulen zu erhalten ist ein berechtigtes Anliegen der Bürgermeister. Wenn es aber allein dabei bleibt, schafft sich die Bildungspolitik selbst ab. Eine Bildungspolitik, die nicht die Pädagogik im Blick hat, ist keine.

DIE WELT: Viele Länder, darunter Niedersachsen, überlassen die Entscheidung, die neuen Schulen einzuführen, den Schulträgern und Eltern. Das klingt nach verwalten, nicht gestalten.

Annette Schavan: Im Bildungssystem der Zukunft werden die Kommunen eine deutlich größere Rolle spielen. Das kann aber nicht heißen, dass die Länder sich aus ihrer bildungspolitischen Verantwortung zurückziehen. Das wäre eine bildungspolitische Kapitulation.

DIE WELT: Können Sie versprechen, dass die CDU das Gymnasium nicht antastet?

Annette Schavan: Ja, denn das Gymnasium hat sich pädagogisch doch längst weiterentwickelt. Es hat so viele Schüler wie nie zuvor, ist anerkannt und hat gute neue Profile entwickelt - man denke etwa an das berufliche Gymnasium.

DIE WELT: Noch vor einem Jahr wollte Ihre Partei in Hamburg die Gymnasialzeit auf sechs Jahre verkürzen. Das passt doch nicht zu ihrem neuen Konzept?

Annette Schavan: In der Tat. Die gymnasiale Idee ist so überzeugend, dass diese geplante Veränderung Widerstand provoziert hat. Hamburg hat aber auch gezeigt, dass es Zeit wird, dass wir uns auf eine gute Bildungspolitik für die Zukunft verständigen. Das tun wir jetzt. Die Union war über Jahrzehnte die starke bildungspolitische Kraft. Diese Stärke müssen wir zurückgewinnen.

DIE WELT: Wie muss in Zukunft die Lehrerausbildung aussehen?

Annette Schavan: Einfach gesagt: Sie muss gut auf den späteren Beruf vorbereiten. Wir wollen eine Exzellenzinitiative für Lehrerbildung, die die besten Konzepte auszeichnet. Die Integration der Lehrerausbildung in die Universitäten war leider ein rein organisatorischer Schritt und kein kreativer Prozess. Nun geht es darum, das Bewusstsein der Hochschulen für diese Aufgabe zu schärfen. Lehrerausbildung muss mehr diagnostische, mehr pädagogische Fähigkeiten vermitteln. Und dann muss sie endlich so organisiert sein, dass die Länder sie wechselseitig anerkennen.

DIE WELT: Die Hauptschulen haben auch deshalb einen schlechten Ruf, weil viele als Brennpunktschulen gelten. Wie wollen Sie verhindern, dass der neue Schultyp dieses Stigma übernimmt?

Annette Schavan: Wir werden eine systematische Weiterentwicklung der sogenannten Brennpunktschulen brauchen. Ich gehe von ungefähr 1000 Standorten in Deutschland aus, die nach dem Vorbild der amerikanischen Magnetschulen besonders ausgestattet und besonders profiliert sein sollten. Damit sind sie attraktiv, nicht nur für die Kinder aus dem Brennpunkt, sondern für Kinder aus allen Bevölkerungsgruppen. Wer die Entwicklung der Berliner Rütli-Schule zum Campus Rütli kennt, weiß, dass in kurzer Zeit viel Veränderung möglich ist.

DIE WELT: Gibt es schon ein Konzept?

Annette Schavan: Es gibt Erfahrungen im Ausland, aber auch hierzulande. Wenn die Grundentscheidung gefallen ist, wird es am Konzept nicht mangeln. Viele kreative Köpfe warten darauf, sich daran zu beteiligen.

DIE WELT: Noch darf der Bund wegen des Grundgesetzes kein Geld zur Schulpolitik der Länder beisteuern. Wie sollen ihre Ideen umgesetzt werden?

Annette Schavan: In unserem Leitantrag steht, dass wir mehr Kooperationskultur wollen. Der Parteitag wird sich damit beschäftigen müssen, wie das aussieht und ob dafür auch das Grundgesetz geändert werden muss. Wir werden es der Bevölkerung nicht erklären können, dass wir zwar Konzepte für Brennpunktschulen entwickeln, sie aber nicht umsetzen können, weil dagegen eine rechtliche Regelung steht.

DIE WELT: Noch ein Blick zurück. Es heißt, Karl-Theodor zu Guttenberg wolle das Land verlassen. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hatte nach dem Rücktritt des Verteidigungsministers eine Äußerung von Ihnen als ursächlich ausgemacht. Hat es seitdem ein Gespräch zwischen Ihnen und Guttenberg gegeben?

Annette Schavan: Ja. Im Übrigen überschätzt mich Herr Seehofer in dieser Frage.

Mit Annette Schavan sprachen Robin Alexander und Thomas Vitzthum